Die politische Agenda

von Bundesrat und Parlament

Legislaturplanung 2007 – 2011

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK

Noch hat die Schweiz eine starke Wirtschaft

Seite 4

Noch ist die Schweiz ein sicheres Land

Seite 8

Noch ist die stolz auf ih alwerke un Gesundheit

Seite 12

Einführung

Der Bundesrat legt alle vier Jahre seine politische Agenda fest. In der Legislaturplanung setzt er in den Politikbereichen (z.B. in der Umwelt- oder Sozialpolitik) Ziele. Und er bestimmt Massnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden können.

Das Parlament berät die Legislaturplanung. Die Planung erfolgt zu Beginn einer Legislatur – also nach den alle vier Jahre stattfindenden

e Schweiz re Sozi- d auf das swesen

Noch gibt es genügend Öl, Gas und Strom

Seite 16

Noch behauptet sich die kleine Schweiz gut in der grossen Welt

Seite 20

Nationalratswahlen. Die Planung umfasst dann die vier kommenden Jahre der Legislatur, im vorliegenden Fall den Zeitraum Dezember 2007 bis Dezember 2011.

Alle Dokumente zur Legislaturplanung finden Sie auf
www.bundesrat.ch/politischeagenda

Noch hat die Schweiz eine starke Wirtschaft

Damit es so bleibt...

... muss die Wirtschaft weiter wachsen können. Für den Erfolg am Markt sind natürlich in erster Linie die Schweizer Unternehmen selbst verantwortlich.
Aber die Politik kann gute Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz schaffen, damit die Unternehmen innerhalb der Schweiz, aber auch im Ausland erfolgreicher tätig sein können.

Der Bundesrat will konkret die Wirtschaft stärken, indem zum Beispiel das Netz von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU ausgebaut wird. Es geht

darum, bestehende Absatzmärkte zu erhalten und neue zu gewinnen. Mit diesen Abkommen sollen die Schweizer Exporteure und Investoren den Marktzugang zu den gleichen Bedingungen erhalten wie ihre Hauptkonkurrenten (aus der EU, den USA und Japan).

Mehr Wachstum will der Bundesrat zum Beispiel mit der Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse auslösen. Technische Handelshemmnisse behindern den grenzüberschreitenden Austausch von Gütern. In der Schweiz führen sie zu überhöhten Preisen. Mit der Gesetzesänderung sollen Produkte,

die in Europa rechtmässig in Verkehr sind, auch in der Schweiz frei zirkulieren können. Der Volkswirtschaft dürfte das einen deutlichen Wachstumsimpuls verleihen.

Zudem soll der Unternehmensstandort aufgewertet werden, indem die Mehrwertsteuer vereinfacht, die administrativen Hürden abgebaut und die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastrukturen optimiert werden.

Bei der Landwirtschaft sollen die Wirksamkeit und die Qualität der einheimischen Produktion gefördert werden.

Entscheidend ist ebenfalls, ein hochstehendes Bildungs-, Forschungs- und Innovationsniveau zu halten. Wohlstand fördern heisst aber auch, möglichst allen eine Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen.

Weitere wichtige Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort sind ein attraktives Steuersystem und ein ausgeglichener Bundeshaushalt.

Die Schweiz im Vergleich

mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich

Faktor	CH	D	F	I	A
BIP pro Einwohner 2004 in KKS*	29 100	24 903	24 146	23 095	27 666
Erwerbslosenquote 2005-2006, Anteil an der Erwerbsbevölkerung in Prozent	4.4	11.2	9.5	7.7	5.2
Ausgaben im Bereich Bildung 2004, in Prozent des BIP	5.9	4.3	5.7	4.4	5.0
Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2005 in Prozent des BIP	2.9	2.5	2.1	1.1	0.4

Quelle: Stat@las, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

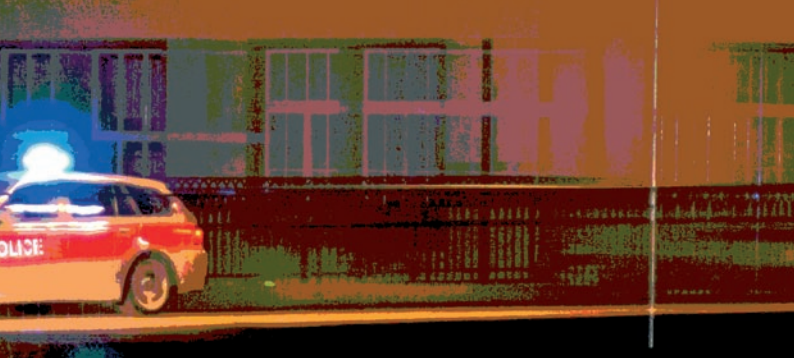
KKS*: Ein Kaufkraftstandard ist eine fiktive Währungseinheit, die die Kaufkraftunterschiede des Geldes zwischen den Ländern eliminiert.

Noch ist die Schweiz ein sicheres Land

Damit es so bleibt...

... will der Bundesrat die Prävention und die Bekämpfung der Gewalt und der Kriminalität optimieren. Dies verlangt, dass die Justiz- und Sicherheitsbehörden in der Schweiz intensiver zusammenarbeiten. Aber auch die internationale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird verstärkt.

Mit verschiedenen Gesetzesanpassungen soll in der Schweiz mehr Sicherheit gewonnen werden. Dabei geht es zum Beispiel darum, die Sicherheitsbehörden des Bundes in Teilbereichen neu zu organisieren. Der Bundesrat will aber auch neuen Herausforderungen



begegnen: So wird eine Strategie zur Bekämpfung der Internetkriminalität erarbeitet und eine auf Jugendliche ausgerichtete Strategie zur Gewaltprävention an die Hand genommen.

Bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden seit Jahren zu. Die Schweiz beteiligt sich an der internationalen Zusammenarbeit, vor allem mit der Europäischen Union EU. Im Zentrum stehen hier die Abkommen Schengen und Dublin. Das Schengener Abkommen erleichtert eu-

ropaweit die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, das Dubliner Abkommen regelt die Zusammenarbeit im Asylbereich. Die Schweiz ist an den beiden Abkommen seit 2004 beteiligt und passt nun die schweizerische Gesetzgebung an die Weiterentwicklung der Abkommen an.

Der Bundesrat wird die sicherheitspolitische Strategie «Sicherheit durch Kooperation» aktualisieren. Die Strategie stellt die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Schweiz in Krisenlagen sicher. Zudem definiert sie die Friedensförderung im Ausland mit zivilen und militärischen Mitteln. Bei der Erneuerung der Armee steht der Teilersatz der Kampfflugzeugflotte F5-Tiger an.

Kennzahlen

Daten aus der Schweiz, internationale Vergleiche nicht möglich

Verzeigungen nach Strafgesetzbuch StGB	2003	2004	2005	2006	2007
	332 452	338 835	303 270	288 156	279 274

Verurteilung von Erwachsenen im Jahr 2007	
Total	82 296
Männlich	86 %
Weiblich	14 %
Schweizer/innen	52 %
Ausländer/innen	48 %
Geldstrafe als Hauptstrafe	84 %
Bedingte Freiheitsstrafe	3 %
Unbedingte Freiheitsstrafe	6 %
Verurteilung von Jugendlichen im Jahr 2007	
Total	14 404
Männlich	80.3 %
Weiblich	19.7 %
Schweizer/innen	67.6 %
Ausländer/innen	32.4 %

Quelle: Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Noch ist die Schweiz stolz das Gesundheitswesen

Damit es so bleibt...

... müssen die AHV[1] und die IV[2] gesichert werden. Wegen der Überalterung der Gesellschaft steht die AHV unter Druck, die IV ist hoch verschuldet. Bundesrat und Parlament nehmen sich dieser Herausforderungen an. Beim Gesundheitswesen steht die Eindämmung der Krankenversicherungskosten im Vordergrund.

Damit die AHV finanziell gesunden kann, müssen die Leistungen angepasst und neue Einnahmen erschlossen werden. Die AHV muss an die verschiedenen Lebensentwürfe angepasst und flexibler (z.B. beim

AHV[1]: Alters- und Hinterlassenenversicherung IV[2]: Invalidenversicherung

Pensionierungsalter) gestaltet werden.

Bei der IV wird überprüft, ob die 5. IV-Revision greift. Die Revision reduziert die Ausgaben der IV um knapp 500 Millionen Franken pro Jahr. Erreicht werden die Einsparungen mit einer Senkung der Anzahl Neurenten und mit Leistungseinschränkungen.

Im Gesundheitswesen will der Bundesrat zum einen das Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung eindämmen und zum anderen die Gesundheitsförderung gesetzlich neu regeln.

Zudem werden nationale Präventionsprogramme verstärkt, um die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Die Armut in der Schweiz hat in den letzten Jahren zugenommen und die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Menschen ist stark gestiegen. Zu den von Armut betroffenen oder bedrohten Bevölkerungsgruppen gehören Menschen mit Bildungsdefiziten, Langzeitarbeitslose, Familien und insbesondere alleinerziehende Mütter sowie Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit an der Armutsgrenze leben (Working-Poor). Der Bundesrat will eine schweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut erarbeiten.

Neben Armut ist auch Gewalt ein Faktor, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Der Bundesrat will den Ursachen nachgehen, die zu Gewalt führen, und Massnahmen zur Diskussion stellen.

Die Schweiz im Vergleich

mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich

Faktor	CH	D	F	I	A
Ausgaben für die soziale Sicherheit in Prozent des BIP (Jahr 2004)	29.5	29.5	20.0	26.1	29.1
Altersquotient 2006: über 65-jährige je 100 Personen im Alter von 15-64 Jahren in Prozent	23.5	28.9	24.9	28.9	24.4
Erwerbstätigenquote in Prozent der Bevölkerung (2005-2006)	77.9	67.5	64.8	58.4	70.2

Quelle: Stat@las, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Noch gibt es genügend Öl,

Damit es so bleibt...

... entwickeln Bundesrat und Parlament Strategien zur sicheren Energieversorgung, die Klima und Ressourcen schonen. Und die fortschrittliche Umweltpolitik der Schweiz wird weiterentwickelt.

Der Energiebedarf wird weltweit weiter steigen, ab dem Jahr 2035 ist die Energieversorgung der Schweiz nicht mehr gewährleistet. Bei Öl und Gas ist die Schweiz vom Ausland abhängig. Wie gross die Reserven sind, weiss niemand. Bei diesen Energieträgern fällt auch ins Gewicht, dass die CO_2-Emissionen angesichts des Klimawandels reduziert werden müssen. Beim Strom

Gas und Strom

droht wegen des Auslaufens von Importverträgen und der begrenzten Lebensdauer der Kernkraftwerke eine Versorgungslücke. Gegen diese Perspektiven hat der Bundesrat eine Strategie entwickelt, die sich auf vier Säulen stützt: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik. Für die Deckung des restlichen Bedarfs setzt der Bundesrat weiterhin auf Kernenergie. Er erachtet den Ersatz der bestehenden oder den Neubau von Kernkraftwerken als notwendig.

Zwar hat die Umweltpolitik in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielt, dennoch ist die Umwelt in der Schweiz grossen Belastungen ausgesetzt. Die Umweltpolitik muss künftig noch stärker den Zugang zu den natürlichen Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Wald, Landschaft, Ruhe) regeln, zur Sicherheit beitragen (z.B. Hochwasserschutz) sowie wichtige Beiträge zur Gesundheit (saubere Luft) und zur natürlichen Vielfalt leisten.

Die grösste Herausforderung der Umweltpolitik ist und bleibt der Klimaschutz.

Die Schweiz im Vergleich

mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich

Faktor	CH	D	F	I	A
Energieverbrauch 2005 in Tonnen Rohöl-Äquivalente* pro Einwohner/in	3.6	4.2	4.4	3.2	4.1
Treibhausgasemissionen 2005 in Tonnen pro Einwohner/in	7.2	12.1	8.8	9.9	11.3
Biologische Landwirtschaft 2005, Anteil an der gesamten Landwirtschaftsfläche in Prozent	11.0	4.7	2.0	8.4	11.0

Quelle: Stat@las, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

*1 Rohöl-Äquivalent ist die Heizenergiemenge, die in 1 kg Rohöl steckt

Noch behauptet sich die k
grossen Welt

Damit es so bleibt...

... verstärkt der Bundesrat die Beziehungen zur Europäischen Union EU, der wichtigsten Handelspartnerin der Schweiz. Die Schweiz muss ihre Interessen aber auch in den grossen internationalen Organisationen, zum Beispiel in der UNO, wahren können. Auch künftig setzt sich die Schweiz für die Friedensförderung und die Armutsreduktion ein.

Bei den Beziehungen zur EU geht es zum einen darum, die bestehenden bilateralen Abkommen umzusetzen, zu erweitern (z.B. die Personenfreizügigkeit) oder anzupassen (z.B. das Güterverkehrsabkommen). Zudem soll

leine Schweiz gut in der

geprüft werden, ob neue Interessen verhandelt werden sollen. Im Gespräch sind ein Gesundheitsabkommen und ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich.

Seit dem UNO-Beitritt im Jahr 2002 verfügt die Schweiz über ein neues Instrument zur Wahrung ihrer Interessen und zur Durchsetzung ihrer aussenpolitischen Ziele.

Deshalb engagiert sich die Schweiz stark für die laufenden UNO-Reformen, damit die UNO als universelle Organisation zur Bewältigung der aktuellen Heraus-

forderungen gestärkt wird, und bringt sich gezielt mit Initiativen (z.B. zur Stärkung der Menschenrechte) ein.

Die Friedensförderung und die Förderung der Menschenrechte gehören zu den Prioritäten der Aussenpolitik. Die Schweiz ist in verschiedenen Krisenregionen mit Initiativen (z.B. Mediation oder Beratung in Verfassungsfragen) präsent. Die zivile Friedensförderung soll ausgeweitet werden.

Die Schweiz bekämpft auf verschiedenen Ebenen die Armut. Die Entwicklungszusammenarbeit soll unter anderem zu den Millenniumszielen der UNO beitragen, die anstreben, bis ins Jahr 2015 die Anzahl hungernder Menschen zu halbieren.

Kennzahlen

zum Aussenhandel der Schweiz

Importe der Schweiz aus der Europäischen Union (in Prozent; 2007)	**79.5**
Exporte der Schweiz in die Europäische Union (in Prozent; 2007)	**62.0**
Die drei wichtigsten Länder, in die die Schweiz exportiert (Ausfuhren in Milliarden Franken; 2007)	
Deutschland	41.9
Italien	18.0
Frankreich	17.2
Die drei wichtigsten Exportgüter der Schweiz nach Warenwert (in Prozent an der Gesamtausfuhr; 2007)	
Chemikalien	33.4
Maschinen, Apparate, Elektronik	20.9
Präzisionsinstrumente, Uhren, Bijouterie	17.2

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, www.ezv.admin.ch

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz ist mit Abstand die Europäische Union, gefolgt von den USA und Japan.

Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern
031 322 37 55
www.bk.admin.ch

Vertrieb:
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 104.811.d